

Anja Lemke

Die Konstruktion nationaler Identität in Ost- und Westdeutschland während des Mauerfalls

Eine Diskursanalyse deutsch-deutscher Gegenbilder

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de/> abrufbar.

Dieses Werk sowie alle darin enthaltenen einzelnen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsschutz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlanges. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen, Auswertungen durch Datenbanken und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronische Systeme. Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der fotomechanischen Wiedergabe (einschließlich Mikrokopie) sowie der Auswertung durch Datenbanken oder ähnliche Einrichtungen, vorbehalten.

Copyright © 2010 Diplom.de
ISBN: 9783842808850

Anja Lemke

Die Konstruktion nationaler Identität in Ost- und Westdeutschland während des Mauerfalls

Eine Diskursanalyse deutsch-deutscher Gegenbilder

Anja Lemke

Die Konstruktion nationaler Identität in Ost- und Westdeutschland während des Mauerfalls

Eine Diskursanalyse deutsch-deutscher Gegenbilder

Anja Lemke

Die Konstruktion nationaler Identität in Ost- und Westdeutschland während des Mauerfalls

Eine Diskursanalyse deutsch – deutscher Gegenbilder

ISBN: 978-3-8428-0885-0

Herstellung: Diplomica® Verlag GmbH, Hamburg, 2011

Zugl. Universität Regensburg, Regensburg, Deutschland, Magisterarbeit, 2010

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Die dadurch begründeten Rechte, insbesondere die der Übersetzung, des Nachdrucks, des Vortrags, der Entnahme von Abbildungen und Tabellen, der Funksendung, der Mikroverfilmung oder der Vervielfältigung auf anderen Wegen und der Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen, bleiben, auch bei nur auszugsweiser Verwertung, vorbehalten. Eine Vervielfältigung dieses Werkes oder von Teilen dieses Werkes ist auch im Einzelfall nur in den Grenzen der gesetzlichen Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes der Bundesrepublik Deutschland in der jeweils geltenden Fassung zulässig. Sie ist grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen unterliegen den Strafbestimmungen des Urheberrechtes.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Die Informationen in diesem Werk wurden mit Sorgfalt erarbeitet. Dennoch können Fehler nicht vollständig ausgeschlossen werden und der Verlag, die Autoren oder Übersetzer übernehmen keine juristische Verantwortung oder irgendeine Haftung für evtl. verbliebene fehlerhafte Angaben und deren Folgen.

© Diplomica Verlag GmbH

<http://www.diplomica.de>, Hamburg 2011

Danksagung

An der Erstellung dieser Arbeit waren auch viele andere Personen auf die eine oder andere Weise beteiligt, denen auf diesem Wege gedankt werden soll.

Frau PD Dr. Petra Deger, für ihre freundliche und wohlwollende wissenschaftliche Beratung.

Frau Anja Zupfer, für ihre engagierte Unterstützung bei methodischen Fragen.

Herr Prof. Dr. Dieter Goetze, für die Anregungen und die Kritik.

Den Damen des Multimediazentrums und der Bibliothek, für ihre Beratung bei der Bearbeitung der Mikrofilme.

Meinen Eltern, für ihre finanzielle Unterstützung.

Christine Peterlik und Jakob Friedel, für die aufbauenden Worte in schwierigen Phasen, den theoretischen Anregungen und das Korrekturlesen.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	3
1.1. Die DDR – Ideologisches Fundament und gesellschaftlicher Aufbau	6
1.2. Das System der BRD	10
2. Theoretische Möglichkeiten für die Konstruktion einer nationalen Identität 16	
2.1. Nation – Inhalte, Verbindungen und Ausrichtungen im Aufbau eines Selbstbildes.....	16
2.2. Geschichte und Mythen als Basis der Nation	31
2.3. Das Andere in der Konstruktion eines Selbstbildes	35
2.4. Sprachliche Möglichkeiten der Herstellung von Identität und Differenz .	41
2.5. Medien und nationale Identität	45
2.6. Zielsetzung.....	47
3. Methode	48
3.1. Untersuchungsmaterial	48
3.2. Untersuchungszeitraum	49
3.3. Methodisches Vorgehen	50
3.3.1. Diskurs und nationale Identität.....	51
3.3.2. Analytisches Vorgehen.....	53
3.3.3. Codierung	55
4. Ergebnisse	56
4.1. Die westdeutsche Sicht	56
4.1.1. Die SED.....	56
4.1.2. Die wirtschaftliche Situation	64
4.1.3. Legitime Vertreter des politischen Systems	71
4.1.4. Die SED als Fremdherrschaft.....	77
4.1.5. Die Konsequenzen staatlicher Lenkung in anderen Bereichen	67
4.1.6. Die Bevölkerung und ihre legitimen Repräsentanten.....	88
4.1.7. Die Maueröffnung als nationales Ereignis	100
4.2. Die ostdeutsche Sicht	109
5. Zusammenfassung	122

6. Ausblick	128
7. Literaturverzeichnis.....	129
8. Anhang	135
8.1. Codierbogen.....	135
8.2. Artikelverzeichnis.....	137

1. Einleitung

Die „Wiedervereinigung“ Deutschlands markiert einen wichtigen Punkt in der Geschichte der Bundesrepublik: Mit der Einheit Deutschlands wurde auch die volle Souveränität als Staat (wieder) hergestellt, die „Siegermächte“ gaben die Weisungshoheit über die BRD und die DDR ab und das geeinte Deutschland kann seitdem als gleichwertiger Akteur außenpolitisch auftreten. Man hat sich von der Vergangenheit des Dritten Reiches abgesetzt, das Bild des deutschen Nationalstaates steht hauptsächlich in Verbindung mit wirtschaftlicher Stärke.

Nach innen hatte die Einigung der BRD mit der ehemaligen DDR jedoch eklatante Folgen: Auch wenn das Datum der „deutschen Wiedervereinigung“ zeitlich schon weit zurückliegt, scheint der Zusammenschluss der „deutschen Nation“ unter einem Staat mit erfolgreicher Installierung des westdeutschen Wirtschaftssystems in der ehemaligen DDR, noch immer nicht ganz vollzogen. Auch wenn die „Wiedervereinigung“ zunächst den Anschein einer endgültigen Lösung der „deutschen Frage“ hatte, sind jetzt, 20 Jahre danach, noch immer deutliche Unterschiede zwischen Ost und West erkennbar: Neben der immer noch vorhandenen, persönlichen Zuordnung der deutschen Bevölkerung in „Ossis“ und „Wessis“ (Möbius 2003), ist das Gebiet der ehemaligen DDR von hoher Arbeitslosigkeit und einer anwachsenden Zahl von Neonazis mit entsprechend „xenophoben Mordtaten“ (Möbius 2003: 352) gekennzeichnet. Die mit dem Anschluss an die BRD einhergehende Umstrukturierung der Ostgebiete hin zu einer marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung ist noch immer nicht so weit fortgeschritten, dass die Ostgebiete den westdeutschen Gebieten strukturell gleichgesetzt wären.

Die Einigung selbst kann mehr als ein „unpolitische[r], wirtschaftstechnokratische[r] Akt nach Effizienzkriterien“ (Stapelfeldt 2005: 363) gesehen werden, der langfristig zur Folge hatte, dass sich in den Ostgebieten für viele die Lebenslage eher verschlechtert hat, als den erhofften Aufschwung zu bringen (vgl. Geißler 2006). Die staatlichen Maßnahmen zur „Vereinigung“ der DDR mit der BRD zielten in erster Linie auf die wirtschaftliche Einigung hin zur kapitalistischen Marktwirtschaft. Die in diesem Kontext vollzogene Einführung der D-Mark, zum Beispiel, sollte den Weg für die DDR-Bürger bereiten, eine „unternehmerische Initiative“ (Stapelfeldt 2005: 265) zu gründen, auf Basis derer sich die Marktkräfte entfalten können. Real hatte dies die Konsequenz, dass die Ökonomie der

DDR völlig zusammenbrach (Stapelfeldt 2005) und der Staat durch externe Finanzleistungen bis heute die Wirtschaft stützen muss, um die Folgen abzufedern¹.

Um dies zu verstehen, bedarf es eines Rückblicks auf den Ursprung dieses Gefälles. Dieser findet sich in der Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg in zwei unterschiedliche Staaten mit der Installierung unterschiedlicher Gesellschaftssysteme. Die Teilung Deutschlands² – so wie auch dessen Wiedervereinigung – kann nur unter Bezug auf die Systemkonkurrenz des Sozialismus unter der Herrschaft der Sowjetunion und des westlichen Kapitalismus bei Vorherrschaft der USA gesehen werden. Nach 1945 war die Welt „bipolar um zwei Supermächte organisiert“ (Hobsbawm 2005: 207), die sich in einem „Kalten Krieg“ bekämpften. Dies bündelte sich innerhalb des deutschen Gebietes in einer direkten Konfrontationslinie.

Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs war auch das Ende des Dritten Deutschen Reiches besiegelt, das Gebiet und die Bevölkerung wurde unter den Siegermächten aufgeteilt. Im Groben vollzog sich die Aufteilung gemäß der beiden großen Blöcke, die sich ideologisch und ordnungspolitisch gegenüber standen: Im Westen das US-amerikanische Supremat, im Osten die Sowjetunion. Im Laufe der Entwicklungen³ wurden die beiden Zonen als Zöglinge der beiden Blöcke installiert: Die Besatzungszone der Sowjetunion wurde als „Vorposten“ des Sozialismus im Westen, die westliche Besatzungszone als „Vorposten“ der USA nach Osten hin errichtet (Gruneberg 1993). Die Teilung Deutschlands muss also als Konsequenz der entgegengesetzten Interessen der beiden Mächte gesehen werden (Wilke 2009), die entsprechend ihren gesellschaftspolitischen Vorstellungen die beiden Teile Deutschlands ausgestalteten. Entsprechend wurde der Westen als „marktwirtschaftliche Einheit (Bizone, Währungsreform) und als Staat mit föderativer, rechtsstaatlicher und parlamentarisch-demokratischer Struktur (Frankfurter Dokumente, Grundgesetz)“ aufgebaut (Niethammer 1999: 20). Der Osten wurde nach dem Vorbild der Sowjetunion als eine sozialistische,

¹ Bei Stapelfeldt (2005) sind die Folgen der raschen Umstellungen der DDR-Wirtschaft genauer aufgeführt. Er betont auch, dass zum Beispiel allein zwischen 1990 und 2000 1.200 Mrd. DM nach Ostdeutschland transferiert wurden.

² Allgemein wird die Wiedervereinigung als Leistung der damaligen BRD unter dem „Kanzler der Einheit“ Kohl gesehen; ohne die Zustimmung insbesondere von Gorbatschow, ohne die begonnen Reformen in der Sowjetunion und der Zustimmung der anderen „Siegermächten“ wäre diese aber nie passiert (vgl. zum Beispiel Weber 1991).

³ Der geschichtliche Verlauf der Dinge kann hier nur skizziert werden; für eine detailliertere Beschreibung siehe zum Beispiel Niethammer (1999).

„volksdemokratische“ Gesellschaft errichtet. Die Teilung wurde mit der beiderseitigen Staatsgründung 1949 besiegelt (Wilke 2009).

Der Bau der Mauer 1961 (Gruneberg 1993) durch die Mitte von Berlin und um West-Berlin herum machte die Abgrenzung der DDR von der BRD endgültig⁴ und bildete ab sofort das Symbol für die Teilung Deutschlands (Herberg, Steffens & Tellenbach 1997): Mit ihr sollte die Auswanderung der eigenen Bevölkerung nach Westdeutschland gestoppt werden, der Bereich um die Mauer wurde militärisch abgesichert. Auch die beiden Teile Deutschlands standen sich als gegensätzliche und verfeindete Blöcke gegenüber, wobei die Staaten sich aus dem Bezug zu dem jeweiligen „Vorbild“ legitimierten und deren ideologische Ausrichtung übernahmen. Damit wurde der Anti-Kommunismus für die BRD zu einer tragenden Säule der Werthaltungen⁵ und für die DDR der Anti-Imperialismus und Anti-Faschismus (Niethammer 1999).

Ein Beispiel dafür gibt auch die Mauer, die von offizieller ostdeutscher Seite als „Antifaschistischer Schutzwall“ bezeichnet wurde. Für die ostdeutsche Seite verkörperte sie das Feindbild „Westen“: Durch sie sollten die faschistischen Kräfte, die ausschließlich im Westen zu finden waren, abgehalten, beziehungsweise die DDR vor den Faschisten geschützt werden (Heinemann, Schmidt & Wilke 2009). Der Westen war also nicht nur der Ort des Faschismus, sondern bedrohte auch durch seine Aggressivität die Bevölkerung der DDR, was wiederum einen physischen Schutz wie die Mauer notwendig machte. Nach Doering-Manteuffel (2004) wurde dieses Bild vom Westen als der größten Bedrohung für den Sozialismus strategisch eingesetzt, um die Bevölkerung für den Sozialismus zu mobilisieren. Für den Westen dagegen war die Mauer das Symbol für die Unfreiheit in dem ostdeutschen Staat (Herberg, Steffens & Tellenbach 1997).

Aus nationaler Perspektive sahen sich beide Staaten als Provisorium, bis die Nation unter einem der beiden Staaten zusammengeführt werden kann. Die Wiedervereinigung als langfristiges Ziel war im Grundgesetz der BRD verankert, sie beanspruchte die Alleinvertretung für Gesamtdeutschland (Haendcke-Hoppe & Lieser-Triebnigg 1990). Auch die DDR sah sich „als vorläufiger Teil einer gespaltenen Nation“ (Weber 1991: 116), bis 1972 die gesamtdeutsche Frage von offizieller Seite negiert und durch das Verkünden einer rein sozialistischen Nation innerhalb der DDR abgelöst wurde. Danach

⁴ Nach Heinemann (2009) war der gesamte Sozialismus durch die Abgrenzung zum Westen bestimmt. Entsprechend gingen auch die Bestrebungen der DDR hin zu einer Abschottung gegenüber der BRD.

⁵ Nach Glaebner (1995) ist aus diesem Kontext zum Beispiel das KPD-Verbot 1957 zu verstehen; der Anti-Kommunismus war die Spezifizierung der „wehrhaften Demokratie“ der BRD.

hätten die sozialistischen Gesellschaftsstrukturen zur Konsequenz gehabt, dass sich innerhalb der DDR eine sich qualitativ von der kapitalistischen BRD unterscheidende Nation gebildet hat. Die BRD gehörte ab diesem Zeitpunkt offiziell zum Ausland (Möbius 2003).

Eine Annäherung der beiden deutschen Staaten erfolgte allgemein während der sechziger und siebziger Jahre. Die BRD erkannte die DDR zwar nicht völkerrechtlich als Staat an, gab aber den Alleinvertretungsanspruch auf und schloss mit der DDR Verträge und Abkommen⁶; die Beziehung zwischen den Staaten „normalisierte“ sich (Hacker 1990). Der grundsätzliche Gegensatz im Gesellschaftsaufbau blieb allerdings bis zur Auflösung der DDR bestehen.

1.1. Die DDR – Ideologisches Fundament und gesellschaftlicher Aufbau

Will man den Aufbau und die Funktionsweise der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bereiche der DDR nachvollziehen⁷, so müssen diese aus dem ideologischen Selbstverständnis der Führungselite der Sowjetunion und, als ihr „Zögling“⁸, der SED verstanden werden (vgl. Niethammer 1999).

Eine dieser grundlegenden Auffassungen, nach denen die Gesellschaft gestaltet wurde, ist die, dass sich mit der Abschaffung des Privateigentums auch der Interessengegensatz zwischen den Klassen und damit in der Gesellschaft insgesamt aufgehoben hat. Nach dieser Theorie ergeben sich unterschiedliche Interessen rein aus den unterschiedlichen Besitzverhältnissen an den Produktionsmitteln. Verteilt sich der Besitz daran gleichmäßig, gibt es auch keine gegensätzlichen Interessen.

Diese und die Auffassung, die Arbeiterklasse brauche eine Partei, die deren Interessen formuliere und politisch durchsetze, da sie selbst das nicht vermag, stellten die ideologische Basis des realen Sozialismus dar. Darauf aufbauend wurde der absolute Führungsanspruch der SED organisatorisch und verfassungsrechtlich durchgesetzt, sämtliche Bereiche der Gesellschaft waren auf die Partei hin zentralisiert, das heißt

⁶ Für eine Auflistung der Verträge, Abkommen und finanziellen Beziehungen siehe zum Beispiel Glaeßner (1989).

⁷ Die Ausführungen beziehen sich auf die Beschreibungen und Analysen von Glaeßner (1989), der nach Ansicht der Autorin einen umfassenden und objektiven (also nicht-wertenden) Überblick über die DDR gibt. Anderen Darstellungen, wie zum Beispiel bei Rossade (1997), ist eine deutlich wertende Darstellungsweise des Sozialismus anzumerken, was nach Ansicht der Autorin eher hinderlich für eine angemessene Analyse ist.

⁸ Nach Niethammer (1999) war die Politik der SED während ihrer gesamten Herrschaft eng an die der Sowjetunion gebunden.

unterstanden direkt ihren Weisungen. Sie bildet die „Avantgarde“ des Sozialismus, die „einen Schlüssel zu einem objektiven Weltbild [hat], und darin dem gemeinen Volk, das aber als erziehungsfähig eingestuft wurde, überlegen [ist]“ (Niethammer 1999: 172). Eine tatsächliche Legitimierung durch „freie und geheime“ Wahlen durch das Volk sowie eine Gewaltenteilung sind danach unnötig – die führende Partei bildet das Zentrum der politischen Willensbildung, da auch nur sie die gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten erkennt. Folglich kann auch nur sie gestalterische Maßnahmen in der Gesellschaft planen und durchsetzen⁹.

Auch für die Spitzenfunktionäre selbst galt ein langer Katalog von Eigenschaften¹⁰, denen sie idealerweise entsprechen sollten, um die Gesellschaft gemäß den Idealen des Sozialismus gestalten zu können. Konsequenterweise wurden die Funktionäre selbst auch nicht gewählt (auch nicht innerhalb der Partei), sondern gemäß den Kriterien rekrutiert und speziell ausgebildet.

Auf dieser Auffassung basierte dann auch das politische System. Sämtliche politischen und staatlichen Institutionen unterstanden der Weisung der SED. Innerhalb des politischen Systems nahmen zwar noch andere Parteien in dem „Demokratischen Block“ an der Regierungsbildung teil, zu ihnen wurde aber kein Konkurrenz- sondern ein Bündnisverhältnis¹¹ gepflegt. Die Funktion von Parteien wie der Ost-CDU oder der LDPD war vielmehr, auch die Bürger/-innen an das System zu binden, die nicht in die SED eintreten wollten. Die Ost-CDU zum Beispiel sollte christlich orientierte Bürger/-innen ansprechen, die LDPD adressierte sich an Bürger/-innen mit liberalen Weltanschauungen¹². Nach anfänglichen Konflikten mit der SED zu Beginn des Aufbaus der DDR akzeptierten letztendlich auch alle Parteien Ende der vierziger Jahre die Führungsrolle der SED und waren in die Bündnispolitik integriert.

Das offiziell oberste Machtorgan der DDR war die Volkskammer, in der zum Beispiel diese Parteien und auch die Massenorganisationen wie der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund, der ebenfalls die Aufgabe hatte, die Bürger/-innen für die Ziele der

⁹ Der Sozialismus wurde als Zwischenstufe gesehen, bis sich der Kommunismus endlich verwirklichen kann; bis dahin ist ein solcher zentralisierter und streng-hierarchischer Aufbau der Gesellschaft notwendig.

¹⁰ Glaeßner (1989) führt diese Kriterien im Einzelnen auf; hier ist nur von Bedeutung, dass auch die Spitze der Partei selbst der Ideologie untergeordnet war.

¹¹ Nach Glaeßner (1989) wurde damit das Bündnis der Arbeiterklasse mit allen anderen Klassen demonstriert, die gemeinsam für die Ziele des Sozialismus eintreten. Es bestand keine Konkurrenz zwischen den Parteien, sondern eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit“ (Glaeßner 1989: 90).

¹² Die beiden weiteren Parteien waren die NDPD, die ehemalige NSDAP-Mitglieder integrieren sollte, und die DBD, die sich speziell an Landwirte richtete.

Partei zu mobilisieren, vertreten waren. Auch wenn dieses Organ nur offiziell die Volksvertretung inne hatte, so konnten die Bürger/-innen innerhalb dieser Parteien und Organisationen doch ihre Interessen äußern, was von der SED auch gewünscht wurde; sie konnten dies nur nicht außerhalb des von der SED gesteckten Rahmens. Offiziell gab es keine abweichenden Interessen, was entsprechend auch die Ausstattung der Bürger/-innen mit individuellen Rechten gegenüber dem Staat überflüssig machte. Die Gerichtsbarkeit war nicht von der Partei unabhängig, sondern ebenfalls das Mittel der Partei zur Durchsetzung ihrer Ziele. Die Bürger/-innen konnten zwar Beschwerden gegen staatliche Maßnahmen einreichen, diese wurden aber innerhalb des Apparates bearbeitet. Auch innerhalb der Gesellschaft wurde einem starren Freund-Feind-Schema gefolgt: Wer nicht für das System insgesamt war, wurde als Feind des Sozialismus eingestuft – mit entsprechenden Repressionen. Die Partei legitimierte ihre Führungsrolle auch aus dem Grundsatz, die Interessen des Volkes gegen die Ausbeuterklasse (hier diente vor allem der Westen als Exempel) zu vertreten. Da der Widerstand der Ausbeuterklasse noch nicht gebrochen ist, ist ein Staatsaufbau, wie er in der DDR verwirklicht wurde, notwendig, um den Sozialismus vor seinen Feinden auch innerhalb der Gesellschaft zu schützen.

Einzig die Kirche wurde sowohl vom Zugriff der SED, als auch von der Kollektivierung des (Grund-)Besitzes ausgenommen. Ihr wurde das Recht zugestanden, innerhalb der Gesetze der DDR sich selbst zu bestimmen.

Die Gestaltung der Wirtschaft wiederum erfolgte ebenso gemäß den ideologischen Grundsätzen. Anders als der Kapitalismus, wurde im Sozialismus der Kern der Entwicklung zum Beispiel des ökonomischen Wachstums oder der Arbeitsproduktivität im kollektiven Eigentum gesehen. Durch die Abschaffung des Privateigentums waren auch die ausbeuterischen Verhältnisse abgeschafft, was dann die „sozialistische Lebensweise“ ermöglicht, die nicht mehr materiell, sondern von persönlicher Selbstverwirklichung bestimmt ist.

Real wurden sämtliche Produktionsschritte und deren Organisation von oben geplant und nach unten durchgesetzt. Die Pläne beruhten auf Prognosen über langfristige Entwicklungen, die mittels volkswirtschaftlicher Berechnungen und Modellen über Entwicklungslinien erschlossen wurden. Die langfristigen Pläne wurden dann soweit spezifiziert, dass für die Betriebe genaue Vorgaben über zu erbringende Leistungen aufgestellt wurden. Dies hatte zur Konsequenz, dass auf kurzfristig auftretenden Probleme – wie zum Beispiel den Anstieg des Ölpreises –, die nicht im vornherein vorausgesehen werden können, nicht reagiert werden konnte. Unabhängig von weiteren Planungsfehlern,